

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	13
§ 1 „Die Königin der Steuern“: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit	15
A. Problemfelder der Besteuerung im Digitalisierungszeitalter	17
B. Reformansätze zur Vereinfachung der Lohnsteuer: Ein erster Schritt für den digitalen Gesetzesvollzug	18
§ 2 Die Homeoffice-Pauschale und aktuelle Reformüberlegungen	21
A. Das häusliche Arbeiten im Steuerrecht	21
I. Spannungsverhältnis zwischen Betriebsausgaben, Werbungskosten, gemischten Aufwendungen und privater Lebensführung	21
1. Betriebsausgaben	22
a) Aufwendungen	22
b) Veranlassung	24
2. Werbungskosten	28
3. Kosten privater Lebensführung	30
4. Gemischte Aufwendungen	31
II. Einordnung der Homeoffice-Kosten	34
1. Gesetzgebung und Rechtsprechung – eine Historie	34
2. Zweck der Vorschrift – verfassungsrechtliche und steuerpolitische Wertung	37
B. Die Homeoffice-Pauschale – Systematik des § 4 Abs. 5 S. 1 Nr. 6b und 6c EStG	41
I. Häusliches Arbeitszimmer (Abs. 5 S. 1 Nr. 6b EStG)	41
1. Grundsätzliches Abzugsverbot (S. 1)	41
a) Typusbegriff „Häusliches Arbeitszimmer“	41
b) Aufwendungen i.S.d. § 4 Abs. 5 S. 1 Nr. 6b EStG	44
2. Rechtslage bis VZ 2022: Ausnahmeregelungen	45
a) Kein anderer Arbeitsplatz (S. 2 a.F.)	45
b) Mittelpunkt der gesamten Betätigung (S. 3 a.F.)	46
c) Rechtsfolge	48

3. Rechtslage ab VZ 2023: Mittelpunktbezug (S. 2)	49
II. Tagespauschale (Abs. 5 S. 1 Nr. 6c EStG)	50
1. Entstehung und Bedeutung	51
2. Rechtslage bis VZ 2022	52
3. Rechtslage ab VZ 2023	53
4. Kritik	55
III. Vorschlag der Expertenkommission „Bürgernahe Einkommensteuer“	56
IV. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen	57
V. Für mehr Tax-Life-Balance – die Berufskosten-Trias	59
1. Der Vorschlag	60
2. Realitätsgerechte Bemessung der Pauschbeträge	63
§ 3 Zulässigkeit der Berufskosten-Trias	69
A. Formelle Rechtmäßigkeit	69
B. Materielle Rechtmäßigkeit	69
I. Vereinbarkeit mit dem Leistungsfähigkeitsprinzip	70
1. Verfassungsrechtliche Verankerung in der Rechtsprechung des BVerfG	71
2. Horizontale und vertikale Steuergerechtigkeit	73
3. Durchbrechung des Leistungsfähigkeitsprinzips	74
II. Vereinbarkeit mit dem objektiven Nettoprinzip und dem Folgerichtigkeitsgebot	75
1. Der verfassungsrechtliche Geltungsrang	76
2. Folgerichtigkeitsgebot – der mittelbare verfassungsrechtliche Geltungsrang	79
3. Typisierungsbefugnis im Bereich des objektiven Nettoprinzips	81
a) Betroffenheit einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Personen	84
aa) Betroffenheit im Bereich des häuslichen Arbeitens	85
bb) Betroffenheit im Bereich der Entfernungspauschale	87
cc) Betroffenheit im Bereich der Berufspluspauschale	89
dd) Zwischenergebnis	90

b) Geringes Ausmaß der Ungleichbehandlung	91
aa) Ausmaß im Bereich des häuslichen Arbeitens	91
bb) Ausmaß im Bereich der Entfernungspauschale	93
cc) Ausmaß im Bereich der Berufspluspauschale	95
dd) Zwischenergebnis	98
c) Schwierige Vermeidbarkeit der Ungleichbehandlung	98
d) Realitätsgerechte Durchschnittsbetrachtung vs. „rechtes Verhältnis“	100
4. Verhältnismäßigkeit der Vereinfachung	101
a) Geeignetheit	102
b) Erforderlichkeit	105
c) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	107
aa) Praktikabilitätsanforderungen im Massenfallrecht	109
bb) Kosteneinsparung der Finanzverwaltung	111
cc) Angemessenheit der Berufsbasispauschale	112
(1) Legislative und judikative Erwägungen	113
(2) Private (Mit-)Veranlassung	115
(3) Sozialzweck- und Lenkungsnorm	118
dd) Angemessenheit der Berufspluspauschale	120
(1) Arbeitsmittel	121
(2) Versicherungsbeiträge	123
(3) Veranlagungszeitraumübergreifende Gleichheit der Steuerentlastung	125
5. Gerechtfertigte Durchbrechung des objektiven Nettoprinzips	126
III. Vereinbarkeit mit dem subjektiven Nettoprinzip	126
IV. Vereinbarkeit mit dem allgemeinen Gleichheitssatz	128
1. Gleichheitssatz und stufenloser Prüfungsmaßstab	129
2. Gleichheit im Belastungserfolg	132
3. Durchbrechung des allgemeinen Gleichheitssatzes	133
a) Verstoß gegen die Gleichheit im Belastungserfolg	133

b) Verstoß gegen die Besteuerungsgleichheit durch die unterschiedliche Behandlung von Einkunftsarten	135
aa) Unterschiedliche Behandlung von Arbeitnehmern gegenüber anderen Überschusseinkünften	135
bb) Unterschiedliche Behandlung von Arbeitnehmern gegenüber Gewinneinkunftsarten	137
cc) Zwischenergebnis	139
c) Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG aufgrund einer Belastungsungleichheit in der Zeit	139
V. Vereinbarkeit mit den Freiheitsgrundrechten	141
1. Art. 14 GG: Verbot der übermäßigen Steuerbelastung	141
2. Art. 12 GG: Eingriff in die Berufsfreiheit	144
a) Eingriff auf Ebene der Arbeitnehmer	145
b) Eingriff auf Ebene der Arbeitgeber	146
3. Art. 2 GG: Eingriff in die allgemeine Handlungsfreiheit	148
4. Zwischenergebnis	149
VI. Vereinbarkeit mit weiteren Strukturprinzipien	149
1. Rechtsstaatlichkeit	149
2. Sozialstaatlichkeit	151
3. Umweltstaatlichkeit	151
C. Ergebnis der Überprüfung	152
§ 4 Die Berufskosten-Trias: ein Gesetzesentwurf	153
A. Der Gesetzestext	153
B. Die individuellen Sonderwerbungskosten	155
C. Weitere Einzelfragen	158
I. Überstundenabbau, Krankheitstage und sonstige Ausfallzeiten	159
II. Wechselnde Arbeitszeitmodelle	159
III. Werbungskostenersatz	160
IV. Arbeitnehmer mit mehreren nichtselbstständigen Tätigkeiten	163
V. Berufsbasispauschale und Verpflegungsmehraufwand	165

VI. Inflationsanpassungen	166
§ 5 Die Rückkehr der „Königin der Steuern“	169
Zusammenfassung der zentralen Erkenntnisse	171
Anlage 1: Die Normen der historischen Einkommensteuergesetze	177
Literaturverzeichnis	185
Rechtsprechungsverzeichnis	205